

Thema: Politische Partizipation von jungen Menschen

- **Wie möchten Sie unsere Interessenvertretung stärken und unterstützen? Wie würden Sie sie einbinden? Wie würden Sie sie weiterentwickeln?**

Der Landesjugendrat ist ein wichtiger Bestandteil zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Unserer Meinung nach sollte er dem Landesjugendamt beratend zur Seite stehen und als eigene Institution dem Familienministerium angegliedert werden. (Keine Parteiposition; Einzige was mir eingefallen ist)

- **Welchen Stellenwert hat Partizipation in Ihren Augen? Sind Ihnen „meinungsschwache“ oder „meinungsstarke“ Bürger*innen wichtiger und warum?**

Gesellschaftlich Teilhabe und Mitsprache sind unverzichtbar für ein menschliches Miteinander und eine demokratische Gesellschaft. Sie müssen für alle Menschen möglich sein. Wir wollen Menschen bestärken, Barrieren und Benachteiligungen abbauen und die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen kritisch auf Ausgrenzungsmechanismen befragen.

- **Wie stehen Sie zur Beteiligung junger Menschen aus Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz?**

In vielen Einrichtungen gibt es keine wirkliche Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Dies muss sich ändern. Projekte wie Jugendparlamente in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sind ein wichtiger Schritt zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Zudem braucht Rheinland-Pfalz ein neues Jugendhilfeausführungsgesetz, für das wir uns einsetzen. Denn insbesondere die Beteiligung junger Menschen braucht Ernsthaftigkeit durch gesetzlich verbriefte Rechte und verlässliche Strukturen sowie Kontinuität bei den Angeboten der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung.

- **Wie stehen Sie zu unserem Anliegen, darauf hinzuwirken, dass in allen Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz geeignete Beteiligungsgremien aufgebaut werden?**

Wir stehen vollkommen dahinter.

- **Welche Ansätze zur Beteiligung für junge Menschen aus Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung bietet Ihre Partei?**

Wir fordern die Rechte von Kindern und Jugendlichen ins Grundgesetz aufzunehmen. Dazu zählen das Recht auf gesellschaftliche Mitbestimmung, auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung, Betreuung und Versorgung, die Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie ein Verbot von Kinderarbeit. Zudem die Schaffung von mehr Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche vor allem in ihrem Lebensumfeld sowie in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, sowie eine Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, welche die Rechte von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien stärkt und eine inklusive Lösung beinhaltet.

Thema: SGB VIII-Reform

- **Unterstützen sie die Senkung der Kostenheranziehung junger Menschen nach dem SGB VIII auf 0%?**

Wir fordern das junge Menschen in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen nichts für ihre Unterbringung bezahlen müssen. Die Regelungen nach SGB VIII erschweren es jungen Menschen, die auf die besondere Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe angewiesen sind und somit über schwierigere Startchancen ins Erwachsenenleben verfügen, Rücklagen zur Verselbstständigung anzulegen. Darüber hinaus mindert die bestehende Regelung den Anreiz, eine Berufsausbildung aufzunehmen oder einen Schüler:innenjob anzunehmen. Diese Regelungen erschweren es jungen Menschen, die auf die besondere Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe angewiesen sind und somit über schwierigere Startchancen ins Erwachsenenleben verfügen, Rücklagen zur Verselbstständigung anzulegen. Darüber hinaus mindert die bestehende Regelung den Anreiz, eine Berufsausbildung aufzunehmen oder einen Schüler:innenjob anzunehmen.

- **Was denken Sie über die Reform des SGBVIII? Werden die Veränderungen in Ihrer Partei begrüßt? Welche Änderungen finden Sie sinnvoll, welche nachteilig?**

DIE LINKE begleitet die Reform von Beginn an kritisch. Wir haben mit einem eigenen Antrag im Bundestag die Aufhebung des Kostenbeitrags junger Menschen in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen angestrebt. Aus unserer Sicht müsste dies Teil einer sinnvollen Reform sein.

Es ist der zweite Anlauf, nachdem ein Reformvorhaben in der 18. Wahlperiode des Bundestages bereits gescheitert ist. Die damals geplante Reform erlegte aus unserer Sicht den Kommunen zu hohe Lasten auf und erzeugte damit einen Sparzwang an den freiwilligen Leistungen. Der neue Anlauf der Bundesregierung greift nun allem Anschein nach auf die alten Vorlagen zurück. Zudem zeichnete sich früh ab, dass die Jugendhilfe im eigens eingerichteten Dialogforum unterrepräsentiert war. Hier besteht großer Nachbesserungsbedarf.

- **Inwieweit würden sie als Partei die Organisation Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe RLP e.V. unterstützen, dass diese ihre Arbeit erfüllen kann und den Klienten der Kinder und Jugendhilfe in rechtlichen Fragen beiseite stehen können?**

Die Ombudsstelle muss gestärkt werden. Viele Kinder und Jugendliche können bei z. B. Problemen mit Erziehenden in Heimen kaum mit jemanden reden. Kinder und Jugendliche haben Rechte und es ist gut, dass es eine Organisation gibt, die sich darauf spezialisiert hat sich dafür einzusetzen.

Thema: Corona und stationäre Einrichtungen

- **In den Corona Verordnungen hört man immer wieder das Thema Soziale Einrichtungen und deren Status als systemrelevante Organisationen. Dabei werden unter anderem Kitas und Seniorenheime genannt, aber auch Bildungseinrichtungen. Dahingehend wird in keiner dieser Verordnungen die Kinder- und Jugendhilfe genannt. Wieso wird dieser Bereich nicht als „systemrelevant“ genannt. Was ist ihre Meinung dazu? Wie sollte man unsere Betreuenden und uns selbst schützen?**

Es ist ein Unding, dass Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen nicht als „systemrelevant“ gelten. Leider werden diese zu oft vergessen. Uns erreichten im Frühjahr letzten Jahres Nachrichten, wo Erzieher und junge Menschen für die komplette Einrichtung Masken nähen mussten, da keine vom Land zur Verfügung gestellt wurden und weil kein Geld in der Gruppenkasse für Masken vorgesehen war.

- **Wie erklären Sie den Kindern, Jugendliche und jungen Erwachsenen, dass ihre Besuchskontakte durch die Corona-Verordnungen eingeschränkt wurden?**

Wir würden empfehlen mit den Kindern und Jugendlichen zu reden um die Situation für alle so verständlich wie möglich zu machen. Es sind für uns alle schwierige Zeiten in der wir solidarisch miteinander sein müssen.

- **Für Erzieher*innen in Kitas und Fachkräfte in Einrichtungen gibt es verschiedene Möglichkeiten für Schnelltests. Welchen Stellenwert messen Sie vergleichbarer Unterstützung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe bei?**

Es darf keinen Unterschied bei der Bekämpfung des Corona Virus zwischen Kitas und der stationären Kinder- und Jugendhilfe geben.

- **Auch ein wichtiges Thema, das gerade in der Zeit von Corona publik wird, ist das Thema Internet und Mobilität. Sehr viele Kinder, Jugendliche und Adoleszente besuchen zum aktuellen Zeitpunkt noch Bildungseinrichtungen. Diese sind im Zuge der Corona Bekämpfung nun erneut geschlossen wurden. Nun stehen die Klient*innen und Organisationen vor dem Problem, dass die technische Ausstattung in den Einrichtungen nicht ausreichend ist, dass jede*r Schüler*in am Distanzunterricht teilnehmen kann. Dies kann auch dazu führen, dass der Schulabschluss nicht erreicht wird. Was werden Sie und wird Ihre Partei unternehmen, um diese Probleme zu minimieren?**

Wir wollen, dass jedes Kind und jeder Jugendliche digitale Endgeräte zum Nulltarif vom Land Rheinland-Pfalz bekommt. Außerdem muss in jeder Einrichtung ein funktionsfähiger Anschluss zum Internet existieren. Es gibt immer noch genügend Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, die mit einer Datenbreite aus dem letzten Jahrzehnt zu kämpfen haben oder überhaupt keinen Anschluss haben. Bei mehreren jungen Menschen ist es unmöglich zeitgleich am Online Unterricht teilzunehmen. Hier muss das Land Geld in die Hand nehmen und jede Unterkunft mit mindestens einer 100 mbit/s Leitung ausstatten und für die notwendige Hardware sorgen. Das Geld dafür ist vorhanden.

Thema: Jugendhilfe allgemein

- **Was genau würden Sie für den Abbau von Vorurteilen in dem Bereich stationäre Kinder- und Jugendhilfe unternehmen und warum ist diesbezüglich bis jetzt so wenig geschehen?**

Die Stigmatisierungen aus den 50er und 60er Jahren hält immer noch an. Vorurteile können nur durch einen breit angelegten partizipativen Prozess abgebaut werden. Zudem gibt es die Initiative „Wir sind doch keine Heimkinder!“ die dazu einen großen Teil beiträgt.

- **Natürlich gibt es auch in der Kinder- und Jugendhilfe Klient*innen, welche speziellere Unterstützung brauchen und auch manchmal den Rahmen üblicher Hilfesysteme sprengen. Diese werden sehr oft als „Systemsprenger“ bezeichnet. Wie möchte ihre Partei mit diesen sogenannten „Systemsprengern“ umgehen?**

Jeder Mensch ist anders. Daher muss auch jeder „Systemsprenger“ individuell gefördert werden. Durch 1:1 eine inklusive Betreuung kann man dem jungen Menschen eine Stütze im Leben sein. Man darf aber nicht Kinder und Jugendliche die eine spezielle Unterstützung brauchen aus dem System fallen lassen.

- **Wie stehen Sie zu zur Initiative Zukunftsforum Heimerziehung (<https://zukunftsforum-heimerziehung.de>) und den thematisierten Prozessen? Welche Impulse erhoffen Sie sich für die Zukunft der Heimerziehung?**

Wir sehen im Zukunftsforum eine wichtige Initiative. Für die Zukunft erhoffen wir uns eine Umgestaltung der Heimerziehung, die die Kinder und Jugendlichen ernst nimmt und ihre Teilhabe an der Gesellschaft stärkt. Wir hätten es allerdings begrüßt, wenn die jungen Menschen selbst früher in den Prozess eingebunden würden.